

Diskussionspapier zur Energieversorgung

Die aktuellen Herausforderungen des Ukrainekriegs treffen Deutschland in einer Zeit des grundlegenden energiepolitischen Umbruchs. Die Strategie, vorbildhaft für die ganze Welt zum Leuchtturm eines, auf regenerativen Energien stehenden, neuen Wirtschaftsmodells zu werden, geht plötzlich nicht mehr auf. Die Idee, fast zeitgleich aus Kohle und Atomkraft aufzusteigen, war schon vor dem Krieg ambitioniert. Mit den erwartbaren Kostensteigerungen um das 5- bis 7-fache bei Gas und Öl, in der Folge auch bei Strom, steht Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich vor Herausforderungen, die in Ihrem Ausmaß noch gar nicht absehbar sind.

Die Folgen dieser Entwicklung können nur gesamtgesellschaftlich getragen werden. Eine Konzentrierung der Belastung auf die Wirtschaft, ihre Unternehmen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte fatale Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplätze in Deutschland. Dabei geht es nicht nur um die aktuelle Situation der explodierenden Energiekosten und drohenden Energieabschaltungen. Die mittel- und langfristigen Folgen dieser Energiewende sind unkalkulierbar, ganz abgesehen von den Folgen einer drohenden Weltwirtschaftskrise.

Die bergische Wirtschaft sieht im gemeinsamen Interesse in den folgenden Punkten dringenden Handlungsbedarf. Dabei steht die Bergische IHK in dieser Krise an der Seite ihrer Unternehmen und bietet jede Art von Unterstützung. Die folgenden Handlungsempfehlungen verstehen wir dabei als konstruktiven **Diskussionsbeitrag** der Bergischen Wirtschaft und wir sind natürlich auch gerne bereit, uns aktiv – soweit rechtlich und organisatorisch möglich, einzubringen.

1. Wissenschaft aktivieren

Die Politik ist mit ihrem Ansatz, die Wissenschaft deutlich in die Strategieentwicklung einzubeziehen, vergleichsweise gut durch die Coronakrise gekommen. Dies muss auch in der aktuellen Situation verstärkt werden. Szenarien und Strategien zur Bewältigung der Energiekrise sind deutlich stärker und sichtbarer mit der Wissenschaft abzustimmen.

2. Regelungsabbau koordinieren

Eine Vielzahl von Gesetzen und Regelungen sind in normalen Zeiten geschaffen worden, um die Energiewende zu forcieren. Diese behindern in der aktuellen Zeit jedoch ein schnelles Handeln oder führen sogar dazu, dass sich Unternehmen in ihrer Not strafrechtlich haftbar machen. Beispielhaft seien nur die Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes bei der Reaktivierung von Ölbrennern genannt. Dies ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Es müssen dringend Koordinierungsstellen mit Teilnehmern aller Gebietskörperschaften geschaffen werden, in denen man gemeinsam alle Regelungen auf den Prüfstand stellt, die einem Wechsel von Energieträgern entgegenstehen. Dies muss ausdrücklich auch umweltrelevante Regelungen einschließen.

3. Energieoffenheit zeigen

Die aktuelle Suche nach alternativen Energiequellen darf nicht durch parteipolitische Vorfestlegungen verhindert werden. Wir unterstützen die Diskussion über die Nutzung heimischer Gasvorkommen und die befristete Weiternutzung von Kern- und Kohlekraftwerken. Dieses Vorhaben hat sich allein an wissenschaftlichen und ökonomischen Argumenten zu orientieren.

4. Förderungen des Mittelstands – bürokratiearm und zielgerichtet

Der Mittelstand stellt sich aktuell den Nachwirkungen der Coronakrise, den direkten Folgen des Ukrainekriegs und vielen anderen Herausforderungen. Er trägt aber auch die Hauptlast der Energiekostenexplosion. Gerade im Mittelstand ist trotzdem die Bereitschaft, das eigene Geschäftsmodell auf neue Formen der Energienutzung umzustellen, massiv gestiegen. Angesichts der immensen Investitionen kann dies aber nicht ohne finanzielle staatliche Förderung passieren. Bestehende Programme zielen meist auf Konzerne ab oder sind in ihrer Beantragung viel zu komplex. Hier ist die Politik gefragt. Sie muss schnell, bürokratiearme und zielgerichtete Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen auflegen, die helfen können, die Investitionen in die Nutzung neuer Energieformen anzugehen. Und es müssen Beratungsstrukturen aufgebaut werden, die unabhängig zu den Fördermöglichkeiten beraten, zum Beispiel über die Kammerorganisationen. Das behebt noch nicht den Mangel an Fachkräften und Material, die notwendig sind, alle diese Investitionen umzusetzen. Es ist aber ein entscheidender erster Schritt zur Bewältigung der Energiewende im Mittelstand.